



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Rathaus

Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Fon: 0231 - 5022078

Fax: 0231 - 5022094

www.gruene-do.de

An die
lokalen Medien

06.07.07

Presseerklärung

Gesundheitsgefährdung durch Luftschadstoffe

Die kleinste Umweltzone der Welt wird – da sind sich Umweltexperten und GegnerInnen einer großräumigen Umweltzone einig – nichts zugunsten der Bevölkerung in der Nordstadt bewirken. Der Verkehr wird sich andere Wege erschließen und dort die Wohnbevölkerung mit Feinstaub belasten. Der Regierungspräsident hat die minimalen Anforderungen, die aus der Grenzwertüberschreitung resultieren, erfüllt und lehnt sich zurück.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden das weder in Dortmund noch im Ballungsraum Ruhrgebiet insgesamt hinnehmen, zumal im Jahr 2010 ein weiterer Grenzwert in Kraft tritt, der ein regionales Handeln gerade zu heraus fordert. Mehrere Messstellen (Passivsammler z.B. an der B 1 und eine Messstelle an der Borsigstraße) zeigen heute schon NO₂-Grenzwertüberschreitungen, die der Regierungspräsident geflissentlich übergeht. Das Landesumweltamt hat festgestellt, dass bei im Jahr 2006 durchgeführten Messungen und Berechnungen für Stickstoffdioxid im Vergleich zu 2005 insgesamt eine Zunahme bei den Jahresmittelwerten zu verzeichnen ist. Bei den Feinstäuben nahm auch die Zahl der Tage mit Grenzwertüberschreitungen zu. Das dies auch andere Straßenzüge betrifft, machen entsprechende Karten des Landesumweltamtes deutlich.

Für Stickstoffdioxid gilt, dass deutliche Überschreitungen der Mittelwerte ausschließlich an verkehrsbedingten Belastungsschwerpunkten festgestellt wurden. In Dortmund ist fast der gesamte Innenstadtbereich ab 2010 von nicht mehr tolerierbaren Überschreitungen des Jahresmittelwertes betroffen.

Dazu Ingrid Reuter, umweltpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN: „Das Spiel auf Zeit muss beendet werden. Wir werden unmittelbar nach der Sommerpause darauf drängen, dass nicht nur Messungen in der Brackeler Straße vorgenommen werden, sondern durch Verkehrszählungen ermittelt wird, welche Verdrängungseffekte und entsprechende Luftbelastungen in Nachbarstraßen zu verzeichnen sind. Ziel muss es sein, die Unsinnigkeit der Miniumweltzone schnellstmöglich nachzuweisen um zu regionalen Maßnahmen zu kommen, die sowohl die Stickstoffdioxid - als auch die Feinstaubbelastungen soweit reduzieren, dass eine deutliche Entlastung im gesamten Gebiet des Luftreinhalteplans, der nicht eben nicht nur die Nordstadt umfasst, erreicht wird.“

Die Maßnahmen gegen die Stickstoffdioxide mit der Begründung, diese müssten erst 22 Monate nach erstmaliger Messung in die Wege geleitet werden, zu verschieben, ist angesichts der dauernden und zunehmenden Gesundheitsgefährdung skandalös.“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden Druck sowohl auf die Bezirksregierung als auch auf die Landesregierung aufbauen, so dass noch vor 2010 im Sinne der Gesundheit der Bevölkerung gehandelt wird.